

STANDPUNKT

Kriminalpolitik als Beruf

Wolfgang Stangl

Der Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Christian Pfeiffer, hat einen offenen Brief in der »Zeit« veröffentlicht (Nr. 23, 2005). Gerichtet ist er an die Justiz- und Innenminister des Bundes und der Länder und auch gleich an alle Abgeordneten dazu. Sein darin erhobener Vorwurf an die Politik lautet: »In unserem Land wird nicht zutreffend über Kriminalität informiert.« Dann bringt Pfeiffer Beispiele dafür, dass die Kriminalitätsentwicklung in einer Reihe von Bereichen geradezu dramatisch zurückgehe. Die Anzahl der Morde habe sich in Deutschland in den letzten 10 Jahren halbiert, die Autodiebstähle seien in diesem Zeitraum um fast 75% zurückgegangen, und auch die Bankraub- und Wohnungseinbruchszahlen sinken. »Aber die Gewerkschaft der Polizei profiliert sich damit,« so Pfeiffer weiter, »nur die wenigen schlechten Nachrichten der polizeilichen Kriminalstatistik groß herauszustellen. Und die Innenminister beschränken sich bei der jährlichen Pressekonferenz darauf, jeweils nur den Vergleich zum Vorjahr zu präsentieren. Auf diese Weise merkt niemand, was wirklich abläuft.«

Manches, was hier gesagt wird, lässt sich wohl nicht auf Deutschland allein beschränken und die Klage, die Politik würde sich zu ihrem Gegenstand – in diesem Fall die Kriminalität – strategisch verhalten, ist keineswegs neu.

Im übrigen sei gesagt, dass es auch für Österreich nicht nur schlechte Nachrichten zum Thema Kriminalität und Sicherheit gibt. Die Anzeigen sind heuer beträchtlich zurückgegangen: Im Mai 2005 um 3,9% im Vergleich zum Vorjahr, im April um 4%, im März um 6%. Im Unterschied zu deutschen politischen Gepflogenheiten sagt die österreichische Innenministerin das auch öffentlich, was den Kriminologen Pfeiffer wohl freuen müsste. Die Begründung für die günstige Entwicklung hier zu Lande, die der Homepage des Innenressorts zu entnehmen ist, mag hingegen leichtes pfeiffersches Stirnrunzeln hervorrufen, könnte er doch jenen polizeigewerkschaftlichen Ton heraushören, der ihn so ärgert. Als Begründung für die Anzeigenrückgänge in Österreich finden sich Formulierungen wie das »rechtszeitige Erkennen neuer krimineller Problemfelder« durch die österreichische Exekutive, vom Wegfall »der Barrieren für die polizeiliche Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedsländern (der EU)« ist die Rede, oder vom »Erfolg unserer Mitarbeiter, die uns durch ihr Engagement beweisen, dass unser Weg in die richtige Richtung führt.«

Interessant an der öffentlichen Rüge in Richtung der Kriminalpolitiker scheint mir nicht die Feststellung, dass sich Politik und auch Polizei strategisch verhalten, sondern der zugleich formulierte Vorwurf, dies sei illegitim. Wie hat sich denn Politik zu dem Gegenstandsbereich, den sie vertritt, dem sie aber zugleich auch angehört und ihm modelliert, korrekt zu verhalten? Die Bayerische Justizministerin, Beate Merk, bekennt sich in ihrer Replik in der »Zeit« vom 16. Juni (Nr. 25, 2005) zum selektiven Umgang mit Zahlen und Fakten: Mord sei eben nicht gleich Mord, schreibt sie, auch wenn die Zahl der Anzeigen sinke, Gewalttaten fielen eben immer gewaltssamer aus und würden von immer jüngeren Menschen begangen, usw. Wer den Typus dieser offiziellen Stellungnahmen kennt, weiß, was Frau Merk im weiteren sagt, und ich meine, sie hat gute Argumente auf ihrer Seite. Politik betreiben heißt Macht erstreben, wie der Soziologe Max Weber das in unübertrifftener Klarheit schon vor 90 Jahren formuliert hat. Machtverteilungs-, Machterhaltungs- und Machtverschiebungsinteressen sind die Koordinaten politi-

schen Handelns. Politik lebt von der Bündelung von Interessen, die sie vertritt und zu deren Durchsetzung sie angetreten ist. Und dafür werden Politiker auch bezahlt. Folgt man dieser Politikbestimmung, so ist dem Populismus, wie die Unsachlichkeit heute genannt wird, und der Verantwortungslosigkeit keineswegs Tür und Tor geöffnet. Politik hat mit dem Kopf zu erfolgen und nicht mit anderen Körperteilen und das Gehirn ist ein Organ der Hemmung, wie Viktor Adler einst seinen Parteigenossen zurief, die seine politische Nüchternheit kritisierten. Aber der adäquate Umgang mit politischen Problemen, also mit Problemen der Macht, ist ein interessengeleiteter und nicht ein wahrheitsgeleiteter. Kriminalpolitiker müssen in dieser Betrachtungsweise des Politischen keineswegs alle Seiten von Kriminalität gleichzeitig beleuchten um auf diese Weise die Öffentlichkeit ohne Zorn und Eingenommenheit zu informieren. Sie sind auch nicht »unparteiisch«, wie dies Beamte sein müssten, und wer dies dennoch von der Politik verlangt, verhält sich wohl selbst »politisch«.



Wolfgang Stangl, Soziologe und Leiter des Instituts für Rechts- und Kriminozoologie, Wien

Problematischer ist das politische Verhalten von Beamten zu beurteilen, z.B. von hohen Beamten aus Ministerien in öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, die nicht zu erkennen geben, dass sie die Linie des Ministers vertreten, somit einer verdeckten Weisungsgebundenheit unterliegen. Das passiert in kriminalpolitischen wie in anderen Diskussionen immer wieder und hier scheint mir der pfeiffersche Vorwurf der »Irreführung der Öffentlichkeit« eher gerechtfertigt, als im engeren Bereich der Politik.

Damit erhebt sich die Frage, wer nun denn die interessierte Öffentlichkeit, z.B. über Kriminalität, umfassend in der ganzen Widersprüchlichkeit, die diesem Phänomen meist eigen ist, zu informieren hat? Die Politik sicherlich nicht. Die Beamten sind weisungsgebunden, und dürfen daher oftmals nicht. Die Journalisten vielleicht, aber auch der Journalismus ist kein Wahrheitskontest. Diese Anmutung wäre eine grobe Verkenntnis seiner Aufgaben. Die NGOs auch nicht, sie unterliegen in gleicher Weise der Logik der Interessengebundenheit wie die Politik. Bleibt die Wissenschaft. Sie ist und bleibt der Wahrheit verpflichtet und sie hat ihre Berechtigung als System durch diese Verpflichtung. Die Krux an der Sache ist nur, dass Wissenschaft nicht immer, aber immer öfter an den Interessenbetrieb »Politik« gebunden ist, ökonomisch wie »politisch« und es daher nicht immer ratsam ist, unstrategisch mit Daten, Fakten und Relationen umzugehen.

Wer hat also die interessierte Öffentlichkeit über Kriminalität zu informieren? Letztlich ist es »die Öffentlichkeit« selbst, die Informationen zusammentragen und bewerten muss, über den Weg zivilgesellschaftlicher Organisationen und durch zivilgesellschaftliches Engagement. Politiker sind dafür Auskunftsquellen – neben anderen – im Rahmen ihres Berufs »Politik«.